

Grundlage. Gleichberechtigung und Nichteinmischung sind wichtige Prinzipien der Entwicklung der Beziehungen unserer Partei zur KPdSU und den Bruderparteien der anderen sozialistischen Staaten überhaupt.

Die sozialistische Erneuerung ist eine objektive Notwendigkeit und geht an niemandem vorbei. Unsere eigenen bitteren Erfahrungen der letzten Wochen und Monate bestätigen die Wahrheit der Worte Michail Gorbatschows: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ (Beifall)

Die DDR sollte auf einen prinzipiellen Wandel der europäischen Staatenbeziehungen hinwirken. Dieser muß zur Entmilitarisierung und Demokratisierung, zur vielfältigen Einheit und zu gemeinsamen Fortschritt eines kooperativen Europa, eines gemeinsamen europäischen Hauses führen. Eine Friedensordnung in Europa erfordert blockübergreifende Zusammenarbeit und Strukturen. Unsere Partei bekennt sich zum Bündnis und setzt sich dafür ein, daß die Organisation des Warschauer Vertrages zu politisieren und zu demokratisieren ist. Nur so kann sie zu einem vollwertigen Element gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen entwickelt werden.

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung lebt die deutsche Nation in zwei Staaten und Berlin (West). Die Zweistaatlichkeit der Deutschen ist zu einem unverzichtbaren Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa geworden. Nur im europäischen Rahmen ist die notwendige weitere Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden souveränen deutschen Staaten vorstellbar.

Wir gehen von der Existenz einer deutschen Frage als ein europäisches Problem und dem Vorhandensein tief verwurzelter nationaler Gemeinsamkeiten der Deutschen beider Staaten aus. Ihre Annäherung zu einer qualifizierten Vertragsgemeinschaft muß daher auf die Annäherung und das Zusammenwachsen der europäischen Staaten in einem gemeinsamen Haus gerichtet sein. Eine Partnerschaft beider deutscher Staaten für Europa liegt im Interesse unserer Nachbarvölker und der Welt. Sie dient dazu, nie wieder Angst vor der deutschen Hydra aufkommen zu lassen.

Kein Volk darf sich je wieder von den Deutschen bedroht fühlen. Unbedingte Voraussetzung dafür ist die Respektierung der europäischen Grenzen, wie sie im Gefolge des von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieges entstanden sind, vor allem auch der Oder-Neiße-Grenze.

Von großer Bedeutung ist die volle Anerkennung des europäischen Vertragswerkes, insbesondere des KSZE-Prozesses, des Vierseitigen Abkommens, der Verträge von Moskau und Warschau sowie des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD. Wer Frieden und Zusammenarbeit will, muß diese Realitäten anerkennen.

Die Zukunft der Deutschen liegt in einem geeinten Europa. Vielfältig sind die Möglichkeiten des Übergangs von der Verantwortungsgemeinschaft, in der beide deutschen Staaten stehen, zu einer qualifizierten Vertragsgemeinschaft. Hier gibt es kein Feld, an das es nicht mit konstruktiven Überlegungen heranzugehen gilt.